

Schwyzner Untergrund soll besser erforscht werden

Tiefengeothermie findet Eingang ins Energiegesetz und das Gebäudeprogramm soll fortgesetzt werden.

von Anouk Arbenz

Das kantonale Energiegesetz stammt aus dem Jahr 2009 und muss angepasst werden. Neu soll im Gesetz festgehalten werden, dass der Kanton Massnahmen zur Nutzung und Speicherung von erneuerbaren Energien und Abwärme fördern und Beiträge an Untersuchungen in Sachen Tiefengeothermie gewähren soll (wir berichteten). Grundsätzlich sprachen sich an der gestrigen Kantonsratssitzungen alle Fraktionen für diese Revision aus. FDP-Kantonsrat Reto Keller (Einsiedeln) sowie Cornel Züger (Innerthal) und Kommissionspräsident Samuel Lütolf (Küssnacht) von der SVP drückten gestern ihre Besorgnis bezüglich der Tiefengeothermie aus. In Basel sei aufgrund von petrothermaler Geothermie ein Erdbeben ausgelöst worden. Urs Rhyner (FDP, Schindelligi), der die Tiefengeothermie ursprünglich überhaupt ins Spiel gebracht hatte, hob die Chancen hervor: «Sie ist interessant, weil sie die Winter-Strom-Lücke schliessen könnte.» Ausserdem würde heute so etwas wie in Basel nicht mehr passieren. Dennoch beantragte Rhyner, diese Variante der Tiefengeothermie explizit auszunehmen.

Und was ist mit CO₂-Speicherung?

Elsbeth Anderegg-Marty (SP, Altendorf) rügte den Regierungsrat dafür, dass dieser ihr als Antwort auf ihr Postulat

in Bezug auf die Untersuchung und Nutzung von Kohlenstoff-Speichern sagte, dieses Thema werde in der vorliegenden Revision aufgegriffen, was nun aber nicht der Fall ist. Zusammen mit der GLP beantragte die SP, diesen Zusatz in den Gesetzestext einfließen zu lassen. «Aufgrund des Klimaschutzgesetzes müssen wir uns früher oder später sowieso damit auseinandersetzen», argumentierte Doris Pöplein (GLP, Lachen). Der Antrag wurde schliesslich mit 76 zu 20 Stimmen vom Kantonsrat klar abgelehnt.

Ebenfalls diskutiert wurde die Fortsetzung des Gebäudeprogramms. Diese wurde nach dem Ja des Schwyzner

Volks zum Gegenvorschlag des Kantonsrats zur «Geld-zurück-Initiative» im 2020 eingeführt. Nun geht es darum, das Projekt auch die nächsten vier Jahre weiterzuführen. «Seit Einführung des Programms wurden im Kanton pro Jahr rund 600 fossile und elektrisch betriebene Heizungen ersetzt und 200 Gebäudesanierungen unterstützt. Um die Effizienzziele zu erreichen, braucht es aber noch mehr», machte sich Regierungsrat Sandro Patierno für die nächste Runde und eine Investition von 2,5 Millionen Franken stark. GLP und SP wollen noch einen Schritt weiter gehen. «Wir müssen garantieren, dass die Fördergelder die Nachfrage auch in

den kommenden Jahren decken können», sagte Anderegg Marty. Man müsse eine Warteliste verhindern. Pöplein fügte an: «Andere Kantone haben ein weitaus grosszügigeres Gebäudeprogramm.» Mitte-Kantonsrat Bruno Beeler (Goldau) hob den Mahnfinger: «Auf Vorrat Geld auszugeben, hat noch nie funktioniert. Wir haben 2028 wieder die Möglichkeit, nachzubessern.»

Schliesslich wurde auch dieser Antrag deutlich abgelehnt, das Gebäudeprogramm soll mit 2,5 Millionen aber weitergeführt werden.

Auch das Energiegesetz wurde vom Schwyzner Kantonsrat angenommen, somit gilt das fakultative Referendum.



Mitglieder der Juso fordern die Schwyzner Regierung auf, radikaler zu werden.

Bild zvg

Juso-Aktion vor dem Rathaus in Schwyz

Während der gestrigen Kantonsratssitzung machte die Juso Schwyz mit einer Plakataktion auf den Klimaschutz aufmerksam (siehe Bild). Man solle sich solidarisch mit den kommenden Generationen zeigen, forderten die Demonstrierenden. Ins Megafon riefen sie: «Es braucht **sofortige und radikale Massnahmen!**» Die in der gestern verabschiedeten Teilrevision vorgesehenen Massnahmen seien unzureichend. (aa)